

UID



Nummer 30
12. September 2002
www.cdu.de

So schaffen wir 40 + X!

3 x 3 x 3

3 Stimmen für den Wechsel

Jetzt geht's in den Endspurt! Mein Ziel ist, dass jedes CDU-Mitglied noch 3 Menschen überzeugt, CDU zu wählen. Dazu liefern wir Ihnen 3 Aktionsvorschläge und 3 Argumente: 3 x 3 x 3 – so erreichen wir unser Ziel: 40 plus x.

Viele Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst kurz vor der Wahl, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden. Die Umfragen zeigen uns: Es wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU/CSU und SPD. Deshalb werden wir jetzt gemeinsam um jede Stimme für den Wechsel kämpfen!

Wir bitten Sie als Funktions- und Mandatsträger unserer Partei: Sprechen Sie die Mitglieder und Anhänger der CDU in Ihrem Umfeld an.

Sagen Sie Ihnen, dass es ganz einfach ist, für den Wechsel zu werben: Drei Aktionen, mit denen jedes CDU-Mitglied jetzt etwas für eine bessere Regierung tun kann, schlagen wir Ihnen auf dieser Sonderseite vor. Als Stichworte für Gespräche liefern wir Ihnen außerdem drei Gründe für den Wechsel.

Sie können unsere Aktionsvorschläge und Argumente ganz leicht kopieren und weitergeben. Es ist Zeit für Taten!

Herzlichst Ihr

Laurenz Meyer

3 Aktionen für den Wechsel

So können Sie als CDU-Mitglied jetzt für den Wechsel aktiv werden:

1. Machen Sie drei Hausbesuche!

Sicher kennen auch Sie in der Nähe Ihrer Wohnung oder Ihres Hauses Menschen, die der CDU nahe stehen? Machen Sie drei Hausbesuche – und erinnern Sie Ihre Gesprächspartner daran: Am 22. September beide Stimmen für die CDU!

2. Rufen Sie drei potenzielle CDU-Wähler an!

Telefonieren Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Verwandten – oder mit Arbeitskollegen, Nachbarn und Vereinskameraden. Sprechen Sie mit Ihnen darüber, dass Deutschland eine bessere Regierung braucht. Bitten Sie Ihre Gesprächspartner, dass sie selbst wiederum drei Bekannte anrufen und diese auffordern, zur Wahl zu gehen.

3. Organisieren Sie eine „Vorwahl-Party“!

Laden Sie am Wochenende vor der Wahl Freunde, Verwandte und Bekannte zu einem geselligen Zusammensein ein – und zum Gespräch über die bevorstehende Wahl. Sprechen Sie mit Ihren Gästen über die Bilanz von vier Jahren Rot-Grün – und darüber, dass CDU und CSU die Kompetenz und die richtigen Köpfe für Deutschland haben.

Zeit für Taten.





Foto: AP

INHALT

TV-DUELL

Edmund Stoiber –
Kompetenz
für Deutschland
SEITE 4

ANGELA MERKEL:

Schröder manövriert
Deutschland in eine ge-
fährliche Isolation
SEITE 10

INNERE SICHERHEIT

Günther Beckstein fordert
Sicherheitspaket III
SEITE 16

EDMUND STOIBER UND ANGELA MERKEL:

Jetzt kommt es auf jede Stimme an

Liebe Freunde,

kämpfen bis zum 22. Sep-
tember, 18 Uhr, Schlies-
sung der Wahllokale!

Jeder spürt es: ■ Das Er-
gebnis wird knapp ausfal-
len. ■ Es kommt auf jede
Stimme an.

Wir vergessen nicht, was
wir den Wählerinnen und
Wählern auf unseren Veran-
staltungen immer wieder
versichert haben: Wir trauen
den Menschen in diesem
Land viel zu und glauben,
dass sie verantwortlich ent-
scheiden. ▶

■ Arbeitslosigkeit heute höher als beim Regierungswechsel 1998. Rapid Response der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf Behauptungen Schröders beim TV-Duell am 8. September (Seite 5-7) ■ Vier Millionen geprellter Hoffnungen / Die Hiobsbotschaften nehmen zu / Sein Versprechen hängt Schröder wie ein Mühlstein am Hals. Pressekommentare zum TV-Duell (Seite 8-9) ■ Katharina Reiche: Vielfacher Salto rückwärts auf dem Arbeitsmarkt für Frauen (Seite 11) ■ Matthias Wissmann zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen: Trauriger Schlussakkord der Regierung Schröder (Seite 12) ■ Peter Götz: Das Startprogramm der Union ist der Aufbruch für die Kommunen (Seite 14) ■ Paul Breuer zur Aktion „Soldaten für Schröder“: Struck benutzt die Bundeswehr für parteitaktische Zwecke (Seite 14) ■ Durch rot-grünes Versagen Millionenschäden auf dem deutschen Musikmarkt (Seite 17)

IMPRESSUM



Ein großes Maß an Zustimmung und Sympathie überall in Deutschland

Fortsetzung von Seite 1

Dieses Vertrauen ist der eine Grund, warum wir dem Wahltag zuversichtlich entgegen sehen. Ein großes Maß an Zustimmung und Sympathie überall in Deutschland bestätigt das.



So viel Union wie noch nie

Der andere Grund: CDU und CSU mit allen Gliederungen in allen Bundesländern – wir führen von Anfang an einen Wahlkampf mit „so viel Union wie noch nie“.

Gerhard Schröder und die rot-grüne Koalition hatten ihre Chance. Sie haben die Chance nicht genutzt. Jetzt ist der Wechsel fällig.

Deutschland soll wieder ■ innovativ und wettbewerbsfähig werden, ■ familien- und kinderfreundlich, ■ sicher und solidarisch.

Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen

All das werden wir leisten können, wenn wir auch wieder neue Dynamik in unser Land bringen, die Wirtschaft stärken und neue Arbeitsplätze schaffen.

Oliver Murmann *Cynthia Neuber*

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsteilung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

EDMUND STOIBER:

Ein kompetentes Team, das für eine **gute Zukunft in Deutschland** alles geben will

Ich stehe nicht allein. Auch ein engagierter Spielführer kann kein Spiel allein gewinnen. Er braucht eine starke und kompetente Mannschaft. Wir, CDU und CSU, haben in kompetentes Team, das alles geben will: Für eine gute Zukunft in Deutschland.

LOTHAR SPÄTH: erfolgreicher Ministerpräsident von Baden-Württemberg, erfolgreicher Unternehmensführer. Mit seinen Erfahrungen und Ideen werden wir es schaffen. Mit ihm hat der Aufschwung ein Gesicht.



ANNETTE SCHAVAN: Seit 1995 prägt sie die Schul- und Bildungspolitik im Südwesten. Baden-Württemberg hat im Pisa-Ländervergleich neben Bayern die Bestnote in Deutschland bekommen. Das ist entscheidend auch der Erfolg der Ministerin.

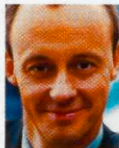


WOLFGANG SCHÄUBLE: ein international anerkanntes politisches Schwergewicht. Aufgrund seiner großen Erfahrung und politischen Brillanz genießt er hohen Respekt bei Freunden und Verbündeten. Sein Rat und Beitrag sind wichtig für unseren Erfolg.



FRIEDRICH MERZ: Ein Schlüsselthema der kommenden Jahre wird die Finanzpolitik sein. Friedrich Merz ist der Finanz-

experte, den Deutschland braucht. Er vertritt unsere Sache im Deutschen Bundestag: scharfsinnig, kompetent und überzeugend.



KATHERINA REICHE:

Die Familienpolitik wird in den nächsten Jahren eins der zentralen politischen Felder sein. Katherina Reiche vertritt diese Politik mit hoher Sachkunde und persönlicher Glaubwürdigkeit.



HORST SEEHOFER ist unser Mann für soziale Gerechtigkeit. Bürokratisches Chaos bei der „Riester-Rente“, explodierende Sozialbeiträge, Marsch in die Zwei-Klassen-Medizin – damit muss Schluss sein!



HARRY PETER CARSTENSEN ist als Landwirt mit langer Erfahrung im Bundestag ein zuverlässiger Anwalt für unsere Bauern – sowohl für Ökolandwirte als auch für konventionell wirtschaftende Betriebe.



GÜNTHER BECKSTEIN:

Innere Sicherheit hat seit langem einen Namen: Günther Beckstein. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass er nach dem 22. September die Verantwortung für ein sicheres Deutschland übernehmen kann. **UD**



Edmund Stoiber – Kompetenz für Deutschland

Das TV-Duell hat bestätigt, was in der öffentlichen Wahrnehmung längst als Kompetenzvorsprung der Union registriert wird:

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber punktete in den Augen der Zuschauer klar bei den Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaftsaufschwung.

So zeigten sich in einer repräsentativen Meinungsumfrage der Forschungsgruppe Wahlen 37 Prozent der Befragten überzeugt, Stoiber könne am besten „neue Arbeitsplätze schaffen“. Von Schröder glauben das nur 17 Prozent.

Auch das Fazit der Presse unterstreicht das: Die Öffentlichkeit erlebte einen Kandidaten Stoiber, der den Vergleich mit dem Titelinhaber „weder scheute noch inhaltlich scheuen musste“ (Rhein-Neckar-Zeitung). Stoiber sei gar der „Hauptprofiteur der Fernsehduelle“ (Berliner Zeitung).

Pressestimmen

Wienicht anders zu erwarten war, kam diese offenere Form der Moderation dem Kanzler entgegen. Er gab den politischen Rhapsoden,

spielte auf der Klaviatur der Kriegsängste und warf seine persönliche Biographie in die Waagschale. Stoiber gab das Kontrastprogramm, mit dem er schon in der ersten Runde gut gefahren war, blieb sachlich, akkurat und wies mit fast stoischer Ruhe immer wieder auf die eigentlichen Probleme des Landes hin.

Die Welt

Was bleibt in den nächsten Tagen von dieser Auseinandersetzung in Erinnerung? Die Argumente, mit denen sich Kanzler und Kandidat beharkten, waren nicht neu. Neu war auch nicht die Art und Weise, wie sich die beiden begegneten. Aber: Stoiber machte einen gespannteren Eindruck, aufmerksam und angriffslustig. Schröder verließ sich dagegen auf sein Amt, agierte verhalten, um souverän zu wirken. Doch der Amtsbonus schien ihn manchmal auch zu behindern: Schröders Debattenschärfe kam nicht zur Geltung.

Neue Presse Hannover

Im TV-Auftritt ist der Kanzlerkandidat der Union gereift. Sollte es Schröders Kalkül gewesen sein, den Riva-

len vor Fernsehkameras vorzuführen, so ging es nicht auf. So gesehen ist Stoiber der Hauptprofiteur der Fernsehduelle. Berliner Zeitung

Edmund Stoiber ließ sich nicht aus dem Konzept bringen

Kanzler und Kandidat erlaubten sich keinen Ausrutscher. Schröder erfüllte die Erwartungen seiner Partei, indem er stärker angriff. Aber Stoiber überraschte erneut, indem er sich auch durch die lebhaftere Form der Auseinandersetzung nicht aus dem Konzept bringen ließ und seine Thesen konsequent vertrat. Letztlich wird die Auswirkung dieses Duells auf das Wahlergebnis geringer bleiben als vorhergesagt. Ein Endspiel wurde nicht ausgetragen. Das findet – wie es sein muss – in zwei Wochen am 22. September statt.

Neue Osnabrücker Zeitung

Der Herausforderer Stoiber schlug sich erneut wacker und wirkte deutlich angriffslustiger als beim Hinspiel am 25. August.

Südkurier (Konstanz)

Arbeitslosigkeit ist heute höher als beim Regierungswechsel – und steigt

Schröder: „Was den Mittelstand angeht: der ist um 19 Milliarden Euro mehr entlastet worden als die so genannten Großbetriebe.“

FAKT:

Rot-Grün hat nur einseitig die großen Kapitalgesellschaften entlastet:

Die von der Bundesregierung durchgesetzte Steuerreform kommt in erster Linie den großen Kapitalgesellschaften zugute. Für sie hat sich die Ertragsteuerbelastung zum 1.1.2001 um rund 13 %-Punkte verringert. Für die mittelständischen Personenunternehmen hat sich die steuerliche Situation durch die Steuerreform nicht nennenswert verbessert: Die ertragsteuerliche Grenzbelastung ist zum 1. 1. 2001 nur um rund 3 %-Punkte gesunken.

Die Belastung der Kapitalgesellschaften ist zwar umso höher, je mehr Gewinne sie an die Anteilseigner ausschüttet. Selbst bei einer Ausschüttung der Hälfte der Gewinne liegt die Steuerbelastung jedoch bei

Rapid Response der CDU-Bürogeschäftsstelle auf die Behauptungen Schröders im zweiten Fernsehduell mit Edmund Stoiber am 8. September

48,1 Prozent, während die steuerliche Grenzbelastung des Mittelstandes (Personenunternehmen) bei 52,4 Prozent liegt (Institut der deutschen Wirtschaft).

Die Entlastung des Mittelstands ist jetzt erforderlich:

Seit Rot-Grün regiert, ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von Jahr zu Jahr gestiegen: Von 26.400 im Jahr 1999 über 28.200 im Jahr 2000 (Statistisches Bundesamt) auf 32.400 im Jahr 2001. Das ist ein neuer Rekordstand und entspricht einem Anstieg von 16,0 % gegenüber dem Jahr 2000. (Creditreform). Nach Schätzung der Wirtschaftsauskunftei Bürgel soll die Zahl in diesem Jahr sogar auf 43.500 Insolvenzen steigen (2001: 32.278).

Schröder: „Wir haben den Bildungshaushalt, soweit der Bund zuständig ist, und er ist ja für die Schulen nicht zuständig, um 30% gesteigert, und das ist ein erhebliche Leistung.“

FAKT:

Versprochen – gebrochen

„Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren“ hatte die SPD auf einer im Wahlkampf 1998 verteilten Garantiekarte versprochen (Spiegel). Das hätte eine Steigerung von 1,53 Mrd. € pro Jahr bedeutet.

Diese Versprechen hat die Regierung Schröder bisher noch nicht einmal zu einem Fünftel eingehalten – und das trotz der Zinersparnisse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen, von denen das BMBF 600 Mio. DM pro Jahr erhalten hat.

Pisa: Unionsländer erfolgreich

Entscheidend sind die Ergebnisse der Bildungspolitik: PISA-E zeigt, dass die seit langem von der Union regier-

ten Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg auf den ersten Plätzen liegen, auf den hintersten Plätzen stehen dagegen sozialdemokratisch regierte Länder. Wo die SPD regiert, wird schlechte Bildungspolitik zulasten von Kindern, Lehrern und Eltern gemacht (Max Planck Institut für Bildungsforschung, S. 15ff., 25ff., 35ff.).

Schröder: „Vieles von dem, was in dem Bericht dieser Kommission drin steht, ist bereits auf den Weg gebracht – nicht in der Breite, nicht in der Konsequenz, das muss nachgearbeitet werden, wird auch in der nächsten Legislaturperiode das wirklich große Reformprojekt werden, das wir schultern.“

FAKT:

Hartz-Kommission

Nur teilweise zielen sie (die Vorschläge der Kommission) auf die Veränderung von Rahmenbedingungen, die die Nachfrage oder das Angebot am Arbeitsmarkt betreffen. Ohne die anderen Elemente des erwähnten Policy-Mix sind deshalb die intendierten Effekte in absehbarer Frist kaum zu errei-

chen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen laufen sogar weitgehend ins Leere, wenn – wie im Falle Ostdeutschlands – die Arbeitsmarktlage desolat und ein Beschäftigungsaufschwung nicht in Sicht ist. Vor überzogenen Erwartungen ist deshalb nachdrücklich zu warnen. Sie könnten sich als Bumerang für die Politik erweisen. (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, August 2002 S. 1 f).

Schröder: „Noch einmal und ganz klar und ohne wenn und aber: Ich bin gegen eine militärische Intervention im Irak, und unter meiner Führung würde Deutschland sich daran nicht beteiligen.“

Schröder sagt auch:

„Wir stehen zur uneingeschränkten Solidarität mit den USA. Aber unter meiner Führung wird sich Deutschland nicht an Abenteuern beteiligen.“

FAKT:

„Der britische Premierminister Tony Blair will ‘in den nächsten Wochen’ Beweise dafür vorlegen, dass der irakische Präsident Saddam

Hussein die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen vorantreibt. Saddam habe ‘große Mengen’ an biologischen und chemischen Waffen angehäuft und bemühe sich auch um Atombomben, sagte Blair erst vor wenigen Tagen. Was wir am 11. September gelernt haben, ist, dass man sich mit diesen Problemen besser vorher als nachher auseinandersetzt.’ Es sei ‘bizar’, dass sich ‘hochanständige Leute’ in den vergangenen Wochen hingestellt und gesagt hätten, man solle am Besten gar nichts gegen den Irak unternehmen“ (Die Welt, 4.9.2002).

„Die Haltung der Deutschen hat uns gefreut.“ (Nadschi Sabri, irakischer Außenminister, Der Spiegel, 9.9.2002)

Schröder: „Es gibt keine wie immer geartete Form der Zusammenarbeit mit der PDS.“

FAKT:

Zöpel sagt, was Schröder denkt

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, sagte auf einer Pressekonferenz am 24.6.2002 in

seinem Wahlkreis Heinsberg: „Ich kann nicht dazu raten, Chancen auszulassen, um unsere Politik durchzusetzen.“ Sollte das Wahlergebnis keine Mehrheit für Union und FDP ergeben, „dann ist alles denkbar.“ Er halte alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien für grundsätzlich miteinander koalitionsfähig. (Aachener Zeitung, 25.6.2002; Die Welt, 12.7.2002)

Längst Zusammenarbeit auf Bundesebene

Die rot-grüne Bundesregierung ist bereits jetzt bei jedem Zustimmungsgesetz über den Bundesrat auf die PDS angewiesen. Ohne die von der PDS abhängige Zustimmung der Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern, bis April Sachsen-Anhalt und jetzt auch Berlin bekommt Rot-Grün dort keine Mehrheit.

Schröder: „Wir haben den Reformstau bei den Renten aufgelöst.“

FAKT:

Rentenbeiträge steigen, Riester-Rente ein Flop
Die Rentenversicherungsbeiträge steigen – nach Pro-

gnose des Verbandes deutscher Rentenversicherer (VDR) auf 19,5 Prozent zum Januar 2003 (Die Welt, 28.8.2002). Der „Riester-Rente“ droht laut „Rentenbarometer“ des Instituts für Altersvorsorge (DIA) von Juni 2002 ein Scheitern. Rund 72 Prozent der Befragten Bundesbürger gaben an, keinen Vertrag für eine zusätzlich private Altersvorsorge abschließen zu wollen. DIA-Sprecher Bernd Katzenstein: „Auch die Ergebnisse der Juni-Befragung bestätigen die Befürchtung, dass die Riester-Rente entgegen den hohen Erwartungen von Politikern zum Flop wird.“

Schröder: „Wir haben im August dieses Jahres 70.000 Arbeitslose weniger als im August 1998. Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt, das ist Bayern.“

FAKT:

Bayern hat zweitniedrigste Arbeitslosigkeit

Bayern hat im August 2002 mit 5,9 Prozent nach dem CDU-regierten Baden-Württemberg (5,5 Prozent)

<http://>

Voller Wortlaut : www.wahlfakten.de

die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen liegt sie dagegen bei 9,3 Prozent. Wenn die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland so gering wäre, läge die Arbeitslosigkeit statt bei 4,018 Millionen bei 2,456 Millionen Arbeitslosen. Im August 2002 lagen die 21 Arbeitsamtsbezirke mit der geringsten Arbeitslosenquote allesamt in unionsgeführten Bundesländern (Bundesanstalt für Arbeit, S. 100).

Arbeitslosigkeit heute höher als beim Regierungswechsel 1998 – und steigt

Zum Regierungsantritt Schröders im Oktober 1998 gab es in Deutschland 3,892 Mio. Arbeitslose (Bundesanstalt für Arbeit, S. 30). Aktuell sind 4,018 Mio. Menschen arbeitslos, 126.000 Personen mehr (Bundesanstalt für Arbeit, S. 1).

Quote erstmals über EU-Durchschnitt

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland 2001 mit 7,9 % (Bundesanstalt für Arbeit) erstmals seit dem zweiten Weltkrieg über dem EU-Wert (Frühjahrgutachten der EU-Kommission).



Das selbst gesteckte Ziel verfehlt

Da kann die Bundesregierung machen, was sie will: Es wird ihr nicht gelingen, die jüngsten Arbeitsmarktzahlen schönzureden. Zwar waren am Ende des Monats etwas weniger Menschen ohne Job als im Juli. Doch ein leichter Rückgang der Erwerbslosigkeit ist in den Sommermonaten ganz normal. Die Trendwende ist noch lange nicht geschafft, auch wenn Arbeitsminister Walter Riester das anders sieht. Noch immer sind mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit – fast so viele wie vor vier Jahren zum Amtsantritt von Rot-Grün. Es bleibt also bei der Feststellung: Auf dem Arbeitsmarkt hat die Koalition ihr selbst gestecktes Ziel verfehlt. *Berliner Zeitung*

Stagnation und Lähmung

Aufschlussreich ist die jüngste Veröffentlichung der Bundesanstalt für Arbeit

noch aus einem anderen Blickwinkel: Die Zahl der tatsächlich Erwerbstätigen ist im Juni saisonbereinigt weiter gesunken – um 40.000. Dies gibt wahrscheinlich am präzisesten die wirkliche Lage am Arbeitsmarkt wieder. Die Zahl der Jobs sinkt langsam, aber stetig. Überall herrschen Stagnation und Lähmung. *Süddeutsche Zeitung*

Ohne Tricks sogar Anstieg der Arbeitslosigkeit

„Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ An diesem starken Spruch von Pippi Langstrumpf scheint sich der schwache Riester ein Beispiel zu nehmen. Er erklärte, der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit markiere eine Trendwende. Doch mit Wende hat die Entwicklung nichts zu tun. Auf Druck der Arbeitsämter haben viele Ältere erklärt, sie wollten in Rente gehen und nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Ebenso sind viele, die nur wegen des Kindergelds arbeitslos ge-

meldet sind, aus der Statistik verschwunden. Ohne diese Tricks wäre die Arbeitslosigkeit nicht gesunken, sondern um 30.000 gestiegen. *Rheinische Post*

Vier Millionen geprellter Hoffnungen

Die Zahl der Arbeitslosen ist bedrückend genug. Unverschämt aber ist die Schönrechnerei durch die Regierung: So schlecht schaut's doch gar nicht aus ... Experten hätten mit Schlimmerem gerechnet ... Denkt denn keiner mehr an die Betroffenen? An den Familienvater, an die allein erziehende Mutter ohne Job. An Azubis ohne Firma, an 50-Jährige, die im beruflichen Nichts herumirren. Vier Millionen Schicksale! Vier Millionen geprellte Hoffnungen! Vier Millionen bange Fragen an die Zukunft! Für die Regierenden geht's vor allem um den eigenen Arbeitsplatz, um schöne Gehälter und sichere Pensionen. Aber da gibt es noch den Wähler. ER ist der Arbeitgeber der Regierung. Am 22. September

Gründungsjahr 1000

wird er mitteilen, was er von jenen hält, die vier Jahre lang mit einer Aufgabe beauftragt waren: Die Zahl der Arbeitslosen endlich und deutlich zu senken.

Bildzeitung

Gespannt auf die Reaktion der Wähler

Die rot-grüne Bundesregierung ist ausgerechnet dort gescheitert, wo sie am meisten versprochen hatte und wo ihr eine Mehrheit der Bevölkerung vor vier Jahren wohl auch am ehesten Erfolg zutraute: in der Arbeitsmarktpolitik. An diesem Befund vermag der leichte Rückgang der Arbeitslosenzahlen im August nichts mehr zu ändern, auch wenn sich der Bundesarbeitsminister noch so bemüht, die Trendwende in der Beschäftigung herauszulesen. Gespannt darf man nun sein, ob der Wähler dieser Koalition wegen des offenkundigen Versagens in Kürze das Vertrauen tatsächlich entzieht oder ob sich eine Mehrheit findet, die sich von Schröders geschickter Kombination

von Ausreden und dem Wecken neuer Hoffnungen überzeugen lässt.

Frankfurter Allgemeine

Die Hiobsbotschaften nehmen zu

Besorgniserregend ist, dass keine Wende zum Besseren in Sicht ist. Im Gegenteil: Die Hiobsbotschaften nehmen zu. Jetzt teilt eine fast schon beliebige Auswahl der Einzelhandelsverbände mit, dass in diesem Jahr wegen der Konsumflaute 30.000 Stellen abgebaut werden. Die Möbelbranche steckt ebenfalls in der Krise, die Industrie erhält weniger Aufträge aus dem Ausland. Tief greifende Veränderungen bei den Sozialversicherungen und am Arbeitsmarkt sind nötig.

Leipziger Volkszeitung

Ein reichlich dümmlicher Vergleich

Die Zahlen vom Arbeitsmarkt sind niederschmetternd, die Lage für Schröder ist katastrophal. Daran än-

dert weder der Hinweis auf 1998 noch der reichlich dümmliche Vergleich mit den angewachsenen Arbeitslosenzahlen in Bayern etwas. Hätte der Rest der Republik das bayerische Arbeitsmarktniveau, wäre Schröder aus dem Schneider. Aber an Wahlkämpfer mit blank geseuerten Nerven wie SPD-General Müntefering appelliert man wohl vergebens, die Bürger nicht für dümmer zu halten, als sie selber sind.

Straubinger Tagblatt

Sein Versprechen hängt Schröder wie ein Mühlstein am Hals

Schröder tritt mit einer erbärmlichen Arbeitsmarktbilanz vor die Wähler. Nur 77.000 weniger arbeitslos gemeldet als zum Ende der Ära Kohl. Flaute in den Sozialkassen, drohender Anstieg der Beiträge – vier rot-grüne Regierungsjahre für die Katz. Wie ein Mühlstein hängt dem Kanzler sein Versprechen am Hals, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken.

Nordbayerischer Kurier

Schröder manövriert Deutschland in eine gefährliche Isolation

„Die wirklichen Gefahren gehen vom fundamentalistisch-fanatischen Terrorismus aus – auch und besonders vom Irak –, nicht von Amerika und den westlichen Demokratien.“

Angela Merkel und Christoph Böhr hoben auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz am 9. September diesen Satz ganz besonders hervor, um den der Bundesvorstand die Beschlussvorlage der Wertekommission der CDU zum Jahrestag des 11. September erweitert hat.

Nach den Erklärungen von Bundeskanzler Schröder zur Irak-Frage im TV-Duell am Tag vorher drohen Ursache und Wirkung auf groteske Weise vertauscht zu werden. Die Parteivorsitzende hat sich deshalb sehr nachdrücklich gegen den Versuch Schröders gewandt, zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und Maßnahmen gegen die Aufrüstung des Irak mit schrecklichen Vernichtungswaffen zu unterscheiden.

Schröder begehe in der Außenpolitik einen schweren strategischen Fehler, wenn er auf seiner nur vom

Wahlkampf bestimmten Linie sich nicht nur gegenüber den USA abgrenze, sondern auch innerhalb der Europäischen Union immer mehr in die Isolation gerate.

Angela Merkel: „Mit seiner Politik hat Schröder jedes Mitspracherecht in Washington verloren. Auf die Frage, ob es zu einem Krieg gegen den Irak Saddams Husseins komme oder nicht, kann er keinen Einfluss nehmen.“

Schröders Irak-Politik ist „ganz und gar verantwortungslos“. Er suche nach eigenem Bekunden noch nicht einmal den Gesprächskontakt mit der amerikanischen oder britischen Regierung. Mit der französischen Regierung hat er – anders als

Edmund Stoiber – ebenfalls keine Übereinstimmung hergestellt.

Das „Abenteuer eines solchen deutschen Sonderwegs“ wird die Union nicht mitmachen, bekräftigte die Parteivorsitzende. Für CDU und CSU gelte, was der Kanzlerkandidat der Union am 28. August erklärt hat: ■ Der Irak muss die UN-Beschlüsse für umfassende und ungehinderte UN-Waffeninspektionen in seinem Land erfüllen. Und: ■ Das Entscheidungs- und Handlungsmonopol in der Irak-Frage liegt bei den Vereinten Nationen.

Angela Merkel: „Die Union wird den Weg in die außenpolitische Isolation nicht gehen.“

PRÄSIDIUM UND BUNDESVORSTAND haben am 9. September die von der Wertekommission der CDU vorbereitete Erklärung „Zum Jahrestag des 11. September“ einstimmig verabschiedet und sich darin, wie Christoph Böhr, der Vorsitzende der Kommission, erklärte, zu christlichem Menschenbild und westlichem Menschenrechtsverständnis als den Grundlagen interkulturellen Austauschs sowie eines „ehrlichen Dialogs“ vor allem mit dem Islam bekannt. – Den vollen Wortlaut des Beschlusses finden Sie unter: www.cdu.de

KATHERINA REICHE:

Vielfacher Salto **rückwärts** auf dem Arbeitsmarkt für Frauen

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte Katherina Reiche, Mitglied im Kompetenz-Team des Kanzlerkandidaten und zuständig für den Bereich Familie, Frauen und Jugend:

Unter der rot-grünen Bundesregierung hat sich die Lage für Frauen auf dem Arbeitsmarkt in den zurückliegenden vier Jahren drastisch verschärft. Unverändert sind Frauen überproportional betroffen. Das betrifft die ■ Teilzeitarbeit ■ ihren beruflichen Wiedereinstieg ■ ihre Qualifizierung ■ den Dienstleistungsbereich in privaten Haushalten.

64 Prozent der Mütter sind berufstätig, 60 Prozent aller Frauen wünschen sich eine qualifizierte Teilzeittätigkeit. 80 Prozent Mütter von kleinen Kindern wünschen sich eine Teilzeitarbeit. Rund 1 Million Frauen sind als Selbstständige tätig, eine Zahl die in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. Aber nach wie vor fehlen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, hier besonders in den SPD-regierten alten Bundesländern sowie qualifi-

zierte Teilzeitarbeitsplätze. Insgesamt ist für Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer erschwert. Während die Niederlande die höchste Zuwachsrate von erwerbstätigen Müttern, meist in Teilzeit, verzeichnet und Kinderbetreuung mit dem Arbeitgeber privatwirtschaftlich geregelt und ausgehandelt wird, wurden von Rot-Grün ständig neue bürokratische Hemmnisse aufgebaut.

Wir verfügen über die bestqualifizierte Frauengeneration, die wir je hatten

Immer stärker und von vielen Seiten stellt sich die Frage, wie Deutschland zukünftig im internationalen Wettbewerb mithalten kann – bildungspolitisch und volkswirtschaftlich. Wenn Frauen sich nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen, ist die Geburtenrate höher, wie in den Ländern Frankreich, Norwegen und Schweden. Deutschland verfügt über die bestqualifizierte Frauengeneration, die

das Land je hatte. Doch die Wirtschaft kann von diesem Potenzial nur eingeschränkt profitieren. Dabei wird bereits im Jahr 2005 die Zahl der Erwerbstätigen spürbar sinken und sich spätestens dann zuspitzen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre ins Rentenalter kommen.

Das Teilzeitgesetz wirkt beschäftigungshemmend, und das Betriebsverfassungsgesetz belastet die Unternehmen, ohne Vorteile für die Beschäftigten zu bringen. Auch die Erschwerung des Abschlusses von befristeten Arbeitsverhältnissen erweist sich als Instrument, das es Frauen noch mehr erschwert, Arbeitsverhältnisse aufzunehmen.

Der Wiedereinstieg nach der Erziehungsphase in den Beruf zeigt die ideologischen Scheuklappen am deutlichsten. Statt die Erwerbstätigkeit des Einzelnen gezielt zu fördern, wurde die Arbeitslosigkeit finanziert und kein Anreiz geschaffen, überhaupt Arbeit anzunehmen. Das Job-Aktiv-Gesetz zeigt keinerlei Wirkungen. ▶

Statt neue Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu schaffen und bürokratische Hemmnisse abzubauen, wurde eine Versicherungspflicht für 630-Mark-Jobs eingeführt. Die Annahmenvon gering bezahlter Arbeit – 325-Euro-Jobs – wurde regelrecht bestraft, indem Sozialversicherungsbeiträge zwar entrichtet werden müssen, Frauen aber weder einen Anspruch auf Leistungen noch auf Rente haben. Für die Arbeitgeber bedeutet das höhere Kosten, für die Arbeitnehmer weniger netto. Viele Haushalte und hier besonders erwerbstätige Frauen mit Kindern oder ältere Menschen würden gerne Dienstleistungen rund um das tägliche Leben in Anspruch nehmen, sie werden von zu hohen Kosten, zu großem bürokratischem Aufwand abgeschreckt. Dort, wo Frauen anderen Frauen Arbeit bieten, ist dieses Gesetz kontraproduktiv. Gefördert wurde auf diese Weise nur eins: die Schwarzarbeit, die einzige Wachstumsbranche in Deutschland.

AUF 19,3 PROZENT – möglicherweise sogar auf 19,5 - will Rot-Grün die Rentenbeiträge von jetzt 19,1 Prozent anheben. So ist es jedenfalls im Entwurf des Bundeshaushalts 2003 von Rot-Grün bereits geplant.

Trauriger **Schlussakkord** der Regierung Schröder

Zu den jüngsten Zahlen zur Entwicklung am Arbeitsmarkt erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die sich weiter verschärfende Tragödie am Arbeitsmarkt setzt den traurigen Schlussakkord der Regierung Schröder.

■ Deutschland hat nach vier Jahren rot-grüner Bundesregierung den höchsten Arbeitslosenstand im Monat August seit vielen Jahren erreicht.

■ Es ist die bittere Bilanz der Regierung Schröder, das Kernproblem unseres Landes, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, auch nicht ansatzweise gelöst zu haben.

■ Weitere vier Jahre Rot-Grün kann auch den über vier Millionen Arbeitslosen nicht zugemutet werden.

Nach wie vor besteht im Bundeshaushalt eine deutliche

Schiefelage zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben. Wurden in der Zeit von Januar bis Juli 2002 die Konsumausgaben um fast sechs Prozent erhöht, fielen die Investitionen um rund drei Prozent weiter zurück, worunter insbesondere die neuen Länder leiden.

Unsere europäischen Nachbarländer haben teilweise mit großem Erfolg den Arbeitsmarkt durch durchgreifende Deregulierung und Flexibilisierung entlastet.

Bei weniger als 80.000 offenen Stellen und fast 1,4 Millionen Arbeitslosen allein in den neuen Ländern hilft eine verbesserte Vermittlung, wie sie die Hartz-Kommission vorschlägt, allein nicht weiter – Deutschland fehlen keine Vermittlungsagenturen sondern vor allem Arbeitsplätze. Erst dann lohnt sich eine effizientere Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage.

Selten hat ein Bundesarbeitsminister seinen beschäftigungspolitischen Unverstand durch eine Maßnahme derart offen demonstriert.

GEGEN EINE Verschiebung der zweiten Steuerreform-Stufe, die die Bundesregierung zur Bewältigung der Flutschäden plant, hat sich der ehemalige Wirtschaftsminister Rolf Peffekoven ausgesprochen. Sie werde die erhofften sieben Milliarden Euro nicht einbringen. Beträge in dieser Höhe basieren auf Berechnungen zur Steuerreform aus dem Jahr 2000, denen Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung zugrunde lagen, die längst nicht eingetreten seien.

„WEN WÜRDEN SIE als Bundeskanzler vorziehen, Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber?“ hat Allensbach Meinungsführer in Deutschland gefragt. Nur 35 Prozent entschieden sich für den Amtsinhaber, 40 Prozent für Stoiber. Auf die Frage „Wäre es gut, wenn die Bundesregierung in Berlin wechseln würde?“ antworteten 45 Prozent der Meinungsführer mit „Wäre gut“, mit „Nicht gut“ 31 Prozent.

IMMER unwahrscheinlicher wird nach Ansicht von Meinungsforschern der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag. Die Forschungsgruppe Wahlen hat für die SED-Nachfolgepartei erstmals den Wert von vier Pro-

DIE CDU MECKLENBURG-VORPOMMERN hat am 9. September – zwei Wochen vor der Landtagswahl, die wie die Bundestagswahl am 22. September stattfindet – ein Sofortprogramm vorgelegt. Darin ist vorgesehen, die Zahl der Landesministerien von neun auf sieben zu senken und die Rechtsvorschriften des Bundeslands um mindestens 30 Prozent zu reduzieren. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik will die CDU, wie der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Eckhardt Rehberg bei der Vorstellung des Programms erklärte, umkrempeln. In die Bildung soll mehr, als das unter der noch amtierenden SPD/PDS-Regierung der Fall war, investiert werden.

zent ermittelt. Um trotzdem Abgeordnete ins Parlament schicken zu können, müsste die Partei drei Wahlkreise direkt erobern.

2,7 MILLIONEN Menschen in 1,42 Millionen Haushalten haben Ende 2001 nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden Sozialhilfe erhalten, damit sie ihren Grundbedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken können: fünf Mal so viele wie 1962, als die Sozialhilfe eingeführt wurde. Was damals als Hilfe für Menschen in besonderen Notlagen gedacht war, ist heute zu einer Grundsicherung für Millionen geworden.

NUR SCHWACH wächst auch weiterhin die deutsche Wirtschaft. Zwischen April und Juni legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber den ersten drei Monaten

dieses Jahres saisonbereinigt um 0,3 Prozent zu. Damit wuchs die Wirtschaft genau so schwach wie im ersten Quartal 2002.

MINDESTENS 1 000 der insgesamt rund 22.000 Reisebüros in Deutschland werden auf Grund der Flaute auf dem Reisemarkt bis Jahresende verschwinden. Der Präsident des Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verbands, Klaus Lappelle, ist auch für das nächste Jahr pessimistisch.

ZU KOMPLIZIERT und in der Verwaltung zu teuer sehen Branchenexperten für kleinere Lebensversicherer die sog. Riester-Rente. Die Folge davon: Einige der Gesellschaften bieten erst gar keine Riester-Produkte an und müssen deshalb sogar damit rechnen, dass sie in wenigen Jahren nur noch unter dem Dach großer Konzerne überleben können. **UD**

PETER GÖTZ:

Startprogramm ist **Aufbruch** für die Kommunen

Zum Startprogramm von CDU und CSU für die ersten 100 Tage nach dem Regierungswechsel erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion:

Nach vier Jahren rot-grüner Bundespolitik stehen massenhaft deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise vor der Pleite. Allein in Nordrhein-Westfalen über 66 %. Immer wieder haben Schröder und Eichel Kosten einfach auf die Kommunen verlagert. Immer wieder hat ihre Politik die Einnahmen der Kommunen beschnitten.

CDU und CSU kündigen in ihrem Startprogramm klare und wirkungsvolle Schritte zur Umkehr des verhängnisvollen Abwärtstrends an:

- die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Schröder-„Steuerreform“: damit notwendige Investitionen, Versorgung der Menschen und der Aufschwung der Wirtschaft in Gang kommen;
- die Rücknahme des Grundsicherungsgesetzes: damit die Kosten von Sozialleistungen nicht schon

wieder auf die Kommunen abgewälzt werden;

- ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz: damit Zuwanderung verantwortlich gesteuert wird, die hier lebenden Ausländer erfolgreich integriert werden und die Kosten nicht bei den Kommunen allein auflaufen;
- das kommunale Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro: damit noch in diesem Jahr Städte, Gemeinden und Landkreise im Osten wieder die dringend nötigen Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen leisten können.

So sieht echte kommunalfreundliche Politik aus! Das Startprogramm von CDU und CSU ist ein Aufbruch für die Kommunen.

PAUL BREUER:

Bundeswehr für parteitaktische Zwecke benutzt

Zur Aktion „Soldaten für Schröder“, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion:

Die Reaktion von Verteidigungsminister Peter Struck auf den Protest der CDU/CSU zeigt sein

schlechtes Gewissen. Dass Herr Struck sich darauf beruft, nicht als oberster Dienstherr der Soldaten, sondern als SPD-Politiker an der Veranstaltung teilgenommen zu haben, offenbart, dass er sich ertrappt fühlt. In der Einladung der SPD wird eindeutig der Verteidigungsminister angekündigt. Weder die SPD noch Herr Struck haben hier zu Ende gedacht.

Niemand will den Soldaten der Bundeswehr das Recht auf Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bestreiten. Dazu gehört insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf politische Betätigung außer Dienst und in Zivil. Da sich die Initiative aber nicht etwa 'Staatsbürger für Schröder', sondern 'Soldaten für Schröder' nennt, steht die berufliche Funktion dieser Soldaten eindeutig im Vordergrund. Also soll diese Funktion von der SPD im Rahmen ihres Wahlkampfes eindeutig für parteitaktische Zwecke benutzt werden. Wenn Herr Struck jetzt ausführt, er habe nichts gegen eine Initiative 'Soldaten für Stoiber', liefert er selbst den Beleg, für die Berechtigung meiner Warnung, die Einheit der Bundeswehr zu gefährden. Soll denn die Bundeswehr in

zwei unterschiedliche politische Lager aufgespalten werden?

Struck riskiert mit seiner gezielten Unterstützung der Initiative, dass die Armee der Einheit, die parteiübergreifend unter schwierigen Bedingungen und mit viel Mühe zusammengewachsen ist, gespalten wird. Offenbar rechnet Herr Struck selbst nicht mehr damit, nach den Bundestagswahlen noch Verteidigungsminister zu sein. Sonst würde er mit der Bundeswehr anders umgehen müssen.

HANSJÜRGEN DOSS:

Aktion „Mittelstand macht mobil“ trifft rot-grüne Politik ins Mark

Zur Gemeinschaftsaktion der acht großen Wirtschaftsverbände „Mittelstand macht mobil“ erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,:

Mit ihrem Aufruf zu einem grundlegenden Politikwechsel zugunsten des Mittelstandes treffen die acht großen Wirtschaftsverbände ins Mark von vier Jah-

ren rot-grüner Wirtschaftspolitik. Diese beispiellose Aktion ist Ausdruck der ganzen Verzweiflung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland, die unter der Regierung Schröder durch höhere Steuern und Abgaben, immer mehr Regulierung und Bürokratie und unterlassene Reformen der Sozialsysteme an den Rand des Ruins getrieben worden ist.

CDU und CSU werden dem Aufruf „Mittelstand macht mobil“ mit ihrem „Startprogramm Deutschland“ gerecht. Neben der Steuerentlastung für den Mittelstand, der Rücknahme der nächsten Stufe der Ökosteuer und einem gerechteren und einfacheren Steuersystem werden wir mit einer Vielzahl von Maßnahmen nachhaltig den „Jobmotor“ Mittelstand fördern. Dazu gehören nicht zuletzt Maßnahmen zur Befreiung von Bürokratie, zur Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung und zur Förderung der Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe.

MATTHIAS WISSMANN:

Einzelhandel bestätigt die Rezessionsgefahr

Zur aktuellen Lage des deutschen Einzelhandels erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die dramatischen Umsatzeinbrüche beim deutschen Einzelhandel bestätigen die Rezessionsgefahr der deutschen Wirtschaft.

Es zeigt sich einmal mehr, dass es den Menschen nach vier Jahren rot-grüner Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik nicht besser, sondern schlechter geht.

Verstärkt wird die Sorge vor einer Rezession durch den zu erwartenden „blauen Brief“ aus Brüssel. Selbst das Bundesfinanzministerium schließt die Überschreitung der Defizitgrenze nicht mehr aus.

Die angebliche Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist angesichts der enormen Mehrkosten durch

Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, ist mit 97,5 Prozent der Stimmen als Kreisvorsitzender des Kreisverbands Osnabrück-Land wiedergewählt worden. Pöttering führt den Kreisverband seit 1990.

Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten zur Luftnummer geworden.

Es bleibt daher weiterhin richtig, dass eine unionsgeführte Bundesregierung zu Beginn ihrer Amtszeit nur die Maßnahmen durchführen kann, die solide finanzierbar sind.

Um aber die weiterhin dringend notwendigen Strukturveränderungen etwa im Gesundheitswesen oder bei der Rentenfinanzierung auch bezahlen zu können, ist eine selbstständige und kreative Wirtschaftspolitik Voraussetzung.

DIETRICH
AUSTERMANN:

Hohe Arbeitslosigkeit reißt Loch in Bundeshaushalt

Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktzahlen auf den Bundeshaushalt erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat im Zeitraum Januar bis August 2002 ein Defizit von 4,2 Mrd. €. Die bisher desaströse Entwicklung der Arbeitslosenzahl von Januar bis August 2002 von durchschnittlich 4,1

Union fordert **Sicherheitspaket III**

Dervereitelte Terroranschlag von Heidelberg habe deutlich gemacht, wie schnell unser Land vom „Ruhe- und Vorbereitungs- zum Ausführungsraum terroristischer Gewalttaten“ werden könne, sagte das Mitglied im Kompetenzteam des Kanzlerkandidaten, Günther Beckstein, am 10. September in Berlin.

Angesichts der erhöhten Gefährdungslage seien die von Rot-Grün be-



Günther Beckstein: Die rot-grüne Bundesregierung unterschätzt immer noch die Terrorgefahr, die von Extremisten gerade im Umfeld des 11. September ausgeht, und spricht von Einzeltätern, wo es offensichtlich um eine Bedrohung durch islamistisch-militante Kreise geht.

schlossenen beiden Sicherheitspakete völlig unzureichend. Deshalb werde die Union diese Lücken zügig nach der Bundestagswahl schließen und ein Sicherheitspaket III umsetzen. Konkret nannte Beckstein die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweise und Pässe. Außerdem sollen gewaltbereite Ausländer

bereits beim Verdacht terroristischer Straftaten ausgewiesen werden.

Millionen wird dazu führen, dass im Bundeshaushalt 2002 der Zuschuss an die BA um 2 Mrd. € aufgestockt werden muss. Die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe im bisherigen Jahresverlauf 2002 (9,5 Mrd. €) lassen ein weiteres Haushaltsloch von 1,5 Mrd. € erwarten. Allein die katastrophale Arbeitsmarktentwicklung wird in Eichels Haushalt ein Loch von 3,5 Mrd. € reißen. Hinzu kommen sowohl für den

Bund als auch für Länder und Gemeinden gewaltige Steuerausfälle im zweistelligen Milliardenbereich. Dies alles wird dazu führen, dass Deutschland aufgrund der rot-grünen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik beim Staatsdefizit merklich über der höchstzulässigen Grenze von 3 vH liegt und der „Blaue Brief“ aus Brüssel unmittelbar nach der Wahl abgeschickt werden wird.

Durch rot-grünes **Versagen** Millionen-schäden auf dem deutschen Musikmarkt

Das auf der Popkomm 2001 vom Generalsekretär Laurenz Meyer und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Steffen Kampeter ins Leben gerufene „Dialogforum Musikwirtschaft“ kam auf der Popkomm 2002 in Köln zu seiner 3. Sitzung zusammen.

Ausgangspunkt war die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland“ und die unzureichende Beachtung der Musikbranche durch die Regierung. Durch das „Dialogforum Musikwirtschaft“ konnte die Schere von Pop und Politik inzwischen geschlossen werden. Im Gespräch mit Spitzenvertretern der Musikwirtschaft wurden u.a. Themen wie Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrechtsgesetz oder Gründung eines deutschen Musikexportbüros angesprochen und auch gezielt voran gebracht.

Das 3. „Dialogforum Musikwirtschaft“ während der Popkomm 2002 war geprägt von der Forderung von Vertretern der Dachorganisatio-



nen der deutschen Musikwirtschaft nach einer „Quote“ für Neuheiten und deutschsprachige Titel im öffentlich-rechtlichen Hörfunk. Bezug genommen wurde dabei auf die von Staatsminister Julian Nida-Rümelin zuvor in seiner *Keynote* dezent angedeutete Zustimmung für eine „Quote“.

Fragwürdige Mittel

Ob eine solche Einführung aber ein angemessenes Mittel ist, um die strukturellen Nachteile der deutschen Musikwirtschaft wieder gut zu machen, bleibe mehr als fraglich, so Kampeter.

Die Förderung von *Newcomern* und deutschen Produktionen sei generell zu begrüßen, der Versuch, dies durch Gesetze umzusetzen,

gehe aber nicht auf. Zu den weiteren Möglichkeiten der Förderung fernab des Gesetzesdschungels zählen die Umsetzung des von der CDU geforderten Musikexportbüros und die angemessene Präsentation der deutschen Musikwirtschaft auf Auslandsmessen.

Im Bereich der Außenwirtschaftsförderung gibt es noch ein großes Potenzial, das die rot-grüne Bundesregierung nicht ausgeschöpft habe. Im Bereich der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrechtsgesetz und zu den bis dato fehlenden gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Umgehung des Kopierschutzes bei CDs und des Verbots von Veröffentlichungen mit Anweisungen für das Beseitigen des Kopierschutzes bei Musik-CDs, warf Kampeter der rot-grünen Bundesregierung Versagen vor. Durch die Verzögerung seien auf dem deutschen Musikmarkt Schäden im zweistelligen Millionen-Bereich entstanden. Die Hauptleidtragenden seien dabei die Kreativen selbst. „Das muss sich rasch ändern!“, so Steffen Kampeter.

CDU und CSU werden Sicherheitspakt III auflegen, auch gegen Rot-Grün!

Der Fall Heidelberg zeigt, dass Deutschland mehr für die Innere Sicherheit tun muss.

Die Gefahren rechtzeitig erkennen!

Es mehren sich die Anzeichen, dass islamistisch militante Kreise wieder verstärkt aktiv werden. Es liegen Hinweise vor, dass Personen mit „Mudjahedin-Ausbildung“ versuchen, gezielt neue Gläubigkrieger anzuwerben. In Deutschland halten sich nach dem Verfassungsschutzbericht des Bundes über 4.000 Personen auf, die islamistischen Organisationen aus dem arabischen und nahöstlichen Raum zuzurechnen sind. Sie sympathisieren mit dortigen terroristischen Gruppierungen wie Al Qaida, Hamas, Hisbollah usw.

Den Terrorismus in Deutschland verhindern – Das werden CDU und CSU nach dem Wechsel tun:

- Wir werden dafür sorgen, dass gewaltbereite Ausländer beim Verdacht terroristischer Straftaten ausgewiesen werden. Rot-Grün verlangt einen konkreten Beleg, der in der Praxis oft nur nach langwierigen Ermittlungen und damit möglicherweise zu spät zu erbringen ist. Wenn wir unsere Bürger wirksam schützen wollen, dürfen wir nicht warten, bis eine Straftat begangen wurde. Dann kann es zu spät sein. Die Sicherheit der in Deutschland lebenden Menschen muss Vorrang haben.
- Wir werden dafür sorgen, dass biometrische Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsmarkmalc endlich in Pässe und Personalausweise aufgenommen werden. SPD und Grüne sind dazu nicht bereit. Wir sagen, der Staat muss wachsam sein. Daher brauchen wir diese Daten zur Erkennung potentieller Straftäter.
- Wir werden dafür sorgen, dass jeder Ausländerverein sofort verboten werden kann, wenn er extremistische Bestrebungen verfolgt.
- Wir werden dafür sorgen, dass im Zuwanderungsrecht geregelt wird, dass nur der ein Bleiberecht hat, der bereit ist, sich in unsere Rechts- und Werteordnung einzufügen. Wer als Ausländer – auch wenn er hier geboren ist – unseren Staat bekämpft und die Menschen gefährdet, verdient keinen Ausweisungsschutz

Zeit für Taten.



Das kostet Sie Rot-Grün

Obwohl die Menschen in Deutschland viel leisten, können sie sich immer weniger leisten – weil Schröder und Rot-Grün die Steuern und Abgaben immer weiter erhöhen.

„Öko-Steuer“

Zum Jahreswechsel will Rot-Grün die „Ökosteuern“ noch einmal erhöhen. Schon jetzt wird z.B. der durchschnittliche Haushalt durch die „Öko-Steuer“ auf Strom, Gas, Heizöl und Benzin jedes Jahr um rd. 500 €/1.000 DM zusätzlich belastet.

Einkommensbelastungsquote in Deutschland
(Anteil von Steuern und Sozialbeiträgen am Bruttoeinkommen)



Quelle: EU-Kommission 2002

Sozialabgaben

Obwohl die „Öko-Steuer“ die Löcher in den Rentenkassen stopfen soll, werden die Beiträge zur Rentenversicherung im nächsten Jahr auf mindestens 19,3 % steigen. Auch die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung explodieren – im Durchschnitt auf 14 %, bei einzelnen Kassen sogar bis knapp 15 %.

Lohn- und Einkommensteuer

Zur Finanzierung der Hochwasserschäden will Rot-Grün die Steuerreform um ein Jahr verschieben. Das kostet eine Durchschnittsfamilie 316 Euro pro Jahr. Auch der Mittelstand ist von der Verschiebung der Steuerreform besonders betroffen. Das ist sozial ungerecht – und wirtschaftspolitisch verhängnisvoll: Denn höhere Steuerbelastungen sind Gift für Arbeitsplätze und Konjunktur.

Versicherungs- und Tabaksteuer

Schon zu Beginn dieses Jahres hat Rot-Grün die Tabaksteuer um 1 Cent pro Zigarette erhöht. Zum 1. Januar 2003 wird jede Zigarette noch einmal 1 Cent teurer. Denn um nach dem 11. September das „Anti-Terror-Paket“ zu finanzieren, hat Rot-Grün die Tabaksteuer erhöht. Die Versicherungssteuer stieg bereits von 15 auf 16 %.

Fazit: Rot-Grün kassiert immer weiter ab!

Und nach jeder Krise (Hochwasser, 11. September) ziehen Schröder und Rot-Grün die Steuerschraube weiter an. So kann es in Deutschland nicht aufwärts gehen.

Wir werden den Mittelstand stärken, für gerechte Steuern sorgen und Bürokratie abbauen – für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Zeit für Taten.





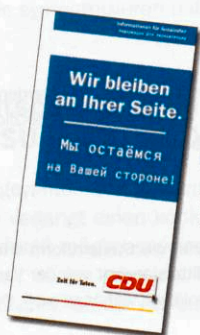
Leporello „Erstwähler“

Bestell-Nummer: 22978
Preis je 200 Stück: 27,00 €
inkl. MwSt.: 29,89 €



Post-it

Bestell-Nummer: 29980
Preis je 10 Blöcke
à 100 Blatt: 8,50 €
inkl. MwSt.: 9,86 €



Broschüre „Informationen für Aussiedler“

Bestell-Nummer: 25979
Preis je 50 Stück: 13,50 €
inkl. MwSt.: 14,45 €



Postkarte „Gleichberechtigung“

Bestell-Nummer: 29977
Preis je 100 Stück: 6,90 €
inkl. MwSt.: 8,00 €



Postkarte „Gemeinsam voneinander lernen!“

Bestell-Nummer: 29981
Preis je 100 Stück: 5,25 €
inkl. MwSt.: 6,10 €



Postkarte „Edmund Stoiber“

Bestell-Nummer: 9860
 Preis je 100 Stück: 6,90 €
 inkl. MwSt.: 8,00 €



**Edmund Stoiber
 „Ihr Kanzler für Deutschland“**

Bestell-Nummer: 22964
 Preis je 500 Stück: 45,00 €
 inkl. MwSt.: 48,15 €



**Broschüre Dr. Angela Merkel
 „Angehen, was alle angeht.“**

Bestell-Nummer: 5942
 Preis je 100 Stück: 22,00 €
 inkl. MwSt.: 23,54 €



Regierungsprogramm

Bestell-Nummer: 5880
 Preis je 10 Stück: 13,00 €
 inkl. MwSt.: 15,08 €



Kurzfassung „Regierungsprogramm 2002-2006“

Bestell-Nummer: 5933
 Preis je 50 Stück: 9,00 €
 inkl. MwSt.: 9,63 €

Argumentations-Set 27 Karten im Block

Bestell-Nummer: 2894
 Preis je 10 Stück: 8,50 €
 inkl. MwSt.: 9,10 €



Postkarten-Edition „Wirtschaftswachstum made my Schröder“

Bestell-Nummer: 9815
 1 Set = 6 Motive
 Preis je 5 Sets: 1,85 €
 inkl. MwSt.: 1,98 €



Klappkarte „Versprochen – Gebrochen“
Die 9 Wahlversprechen der SPD

Bestell-Nummer: **9864**
Preis je **100 Stück: 6,90 €**
inkl. MwSt.: 8,00 €



Postkarte „rot-grüne Pille“

Bestell-Nummer: **9786**
Preis je **100 Stück: 6,90 €**
inkl. MwSt.: 8,00 €



Klappkarte „7 Gründe, CDU zu wählen.“

Bestell-Nummer: **9937**
Preis je **100 Stück: 6,90 €**
inkl. MwSt.: 7,38 €



Postkarte „400 Euro“

Bestell-Nummer: **9818**
Preis je **500 Stück: 40,00 €**
inkl. MwSt.: 46,40 €



Postkarte „E. S. ist so weit: Edmund Stoiber for Bundeskanzler.“

Bestell-Nummer: **9884**
Preis je **100 Stück: 6,50 €**
inkl. MwSt.: 7,54 €

Postkarte „Schröder ist schuld.“

Bestell-Nummer: **9885**
Preis je **100 Stück: 6,50 €**
inkl. MwSt.: 7,54 €

Postkarte „Wer die Qual hat, hat die Wahl!“

Bestell-Nummer: **9886**
Preis je **100 Stück: 6,50 €**
inkl. MwSt.: 7,54 €

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Broschüre „Startprogramm“

Bestell-Nummer: 25983
Preis je 50 Stück: 8,00 €
inkl. MwSt.: 8,50 €

Danke für Ihr Vertrauen

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nummer: 8196
Preis je 250 Stück: 20,20 €
inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmoor
Telefax 052 41-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

3 Gründe für den Wechsel

Mit diesen Argumenten können Sie auch Unentschlossene überzeugen, sich am **22. September für den Wechsel zu entscheiden:**

- 1. Wir sorgen für einen Befreiungsschlag auf dem Arbeitsmarkt.** Damit die, die arbeiten wollen, und die, die einstellen wollen, bessere Chancen haben.
- 2. Wir werden die Steuererhöhungen sofort nach der Wahl stoppen.** Damit Leistung sich lohnt, sorgen wir für niedrigere Steuern für Mittelstand und Normalverdiener.
- 3. Wir werden nach der Wahl umgehend Bürokratie abbauen.** Ziel ist, ein Drittel aller Vorschriften abzuschaffen und eine neue Welle von Existenzgründungen anzustoßen.

Ausführliche Informationen zu unserer Politik für ein leistungsfähiges und soziales Deutschland finden Sie im Internet unter **www.cdu.de**!

Zeit für Taten.





Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

3 Extras – was Sie auch noch tun können:

- **Machen Sie Stimmung für die CDU:** Schreiben Sie Leserbriefe an Ihre Zeitung und kommentieren Sie die Berichterstattung über den Wahlkampf und die Bilanz von Rot-Grün im Sinne der CDU.
- **Unterstützen Sie die CDU bei „Aktionen der letzten Nacht“.** Bringen Sie Freunde und Bekannte dazu, der örtlichen CDU bei ihren „Aktionen der letzten Nacht“ zu helfen. Je mehr Menschen bereit stehen, um Wahlaufrufe, Flugblätter usw. zu verteilen – desto besser.
- **Fahren Sie drei ältere Bürgerinnen und Bürger ins Wahllokal!** Für manche Senioren ist der Gang ins Wahllokal beschwerlich. Machen Sie es ihnen leicht, ihre Stimme für die CDU abzugeben – sprechen Sie drei ältere Menschen in Ihrer Umgebung an und bieten Sie ihnen an, sie am Wahltag ins Wahllokal zu fahren oder zu begleiten.

Zeit für Taten.

